



Beschluss Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

25. August 2009

Grün startet den Aufbruch aus der rot-roten Lethargie Nachhaltig, glaubwürdig, kompetent für Berlin

Zur Hälfte der Legislaturperiode sehen uns die Umfragen bei 20 Prozent. Das ist das beste Umfrageergebnis, das Grüne in Berlin je hatten. Dabei handelt es sich um kein kurzfristiges Hoch, sondern um einen stabilen Trend, der seit Jahren zu beobachten ist. Jetzt gilt es, nicht nur die Umfragen, sondern auch die Wahlen zu gewinnen. Die hohen Zustimmungswerte für Bündnis 90/Die Grünen in Berlin drücken die Erwartung aus, dass wir einen politischen Aufbruch aus der rot-roten Lethargie organisieren können. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

In der Mitte der zweiten Amtszeit ist es nicht mehr zu verbergen: Rot-Rot ist personell und konzeptionell ausgebrannt und verliert zunehmend den Rückhalt in der Bevölkerung. In der größten Wirtschaftskrise seit 1920 wirkt der Senat wie gelähmt. Ideen, Projekte oder gar ein Zukunftsplan für die Stadt sind nicht erkennbar. Wir nehmen die gestiegenen Erwartungen der Menschen an uns ernst. Der Rückhalt, den wir in der Stadt haben, macht uns zu der politischen Kraft, die Vertrauen genießt und die gefordert ist, ihr Programm auch umzusetzen. Unsere Konzepte geben die richtigen Antworten auf die Probleme der Berlinerinnen und Berliner:

Wir wollen uns auf die Stärken der Stadt konzentrieren, ihre Wirtschaftspotentiale entwickeln und Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen die zunehmende soziale Spaltung umdrehen und den Kindern und Jugendlichen in der Stadt Zukunftsperspektiven über bessere Bildung von der Kita bis zur Hochschule eröffnen. Wir wollen ein tolerantes Berlin ohne Anfeindungen gegen Lesben, Schwule, Transgender und MigrantInnen.

Wir wollen einen Green New Deal für Berlin, der wirtschaftliche Innovation mit klimapolitischen Zielen verbindet; Wir wollen Berlins Wirtschaftsstrukturen auf die sich entwickelnden neuen Märkte ausrichten, die entstehen werden, um die sich verstärkenden ökologischen Probleme zu lösen – Entwicklung und Produktion neuer Technologien zur Energiegewinnung und Energieeinsparung, und Produkte, mit denen sich der CO₂-Austoß verringern lässt. Wir wollen Berlin zur Konzept-Hauptstadt der „Green Industries“ machen.

Dieser gewaltigen Zukunftsaufgabe stellen wir uns. Wir sind in Berlin die politische Kraft, ohne die eine nächste Regierung nicht auskommen wird.

1. Berlin in der Regierungskrise

Rot-Rot regiert über Berlin hinweg

Der politische Sommer 2009 in der Hauptstadt steht im Zeichen der Berliner Regierungskrise. Immer mehr BerlinerInnen sind unzufrieden mit der Arbeit des Regierenden Bürgermeisters. Klaus Wowereit und seine Koalition regieren konsequent gegen den Willen der BürgerInnen an. So bleibt das Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof trotz wütender Proteste geschlossen. Mit dem beispiellosen Versagen des Senates gegenüber der Berliner S-Bahn stürzt Rot-Rot die Stadt zum wiederholten Male ins Verkehrschaos. Die Berliner Kunsthalle könnte als kulturpolitisches Projekt breit getragen werden, stattdessen wird sie von Wowereit zu einem teuren 30 Millionen Euro Prestigeprojekt am falschen Standort selbstgerecht gegen allen Sachverstand und gegen den Willen von 80 Prozent der Bevölkerung durchgepeitscht. Beim Umgang mit Volksbegehren verfährt die Regierung rigoros nach der Losung „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“. So hält der Senat beim Kita-Volksbegehren gegen die BürgerInnen an seiner falschen Prioritätensetzung fest. Vorstandsposten von Landesunternehmen werden entgegen geltendem Recht vom Frauensensor mit Männern besetzt. Sehenden Auges lässt der Senat die MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes ohne zukunftsfähiges Personalentwicklungskonzept auf das Ende des Anwendungstarifvertrages zulaufen. Mit der Enthaltung im Bundesrat zum EU-Reformvertrag blamierte der Senat zugunsten linker Parteifolklore die europäische Metropole Berlin und ihre BürgerInnen bis auf die Knochen. Das absurde Theater wiederholte sich bei der Föderalismuskommission II. Klaus Wowereit war nicht in der Lage, für Berlin eine tragfähige Konsolidierungshilfe wie Bremen zu erstreiten.

Dieser Senat macht Politik über die Köpfe der BürgerInnen hinweg, statt Politik aus der Stadtgesellschaft heraus zu entwickeln. So lässt sich eine moderne Großstadt nicht regieren. Deshalb kann es auch niemanden erstaunen, dass sich der Unmut der BerlinerInnen zuletzt bei der Europawahl als politischer Donnerschlag entlädt. Die Regierungspartei SPD konnte in keinem einzigen Berliner Abgeordnetenhauswahlkreis mehr stärkste Kraft werden und fuhr landesweit ein Ergebnis ein, das noch unter dem desolaten Bundesergebnis der Sozialdemokraten lag. Die Zustimmungswerte für die Bürgermeisterpartei rauschen ins Bodenlose. Und das, obwohl die Berliner CDU als Konkurrenz bis heute nicht die Kraft hat, eine bürgerliche Alternative zu Rot-Rot zu formulieren oder Ideen für die Stadt zu entwickeln.

Rot-Rot fehlt die Idee für Berlin

Schwerer wiegt jedoch, dass Rot-Rot in seiner zweiten Auflage kein politisches Angebot mehr an die Stadt zu machen hat. Es fehlt an einer konsistenten und mutigen Konzeption, wie Berlin aus seinen Potenzialen und Chancen neuen wirtschaftlichen Erfolg, ökologische Innovation und gesellschaftlichen Zusammenhalt entwickeln kann. Rot-Rot fehlen nicht nur Ideen für Berlin, Rot-Rot fehlt die Idee für Berlin. Zur Rechtfertigung der Neuauflage von Rot-Rot hat Wowereit verkündet, man müsse die Ost-West Spaltung der Stadt überwinden. Auch hier ist und war die Stadt weiter als Wowereit. Der Senat hat in den letzten sieben Jahren viel zu wenig getan, um die wirtschaftliche Basis Berlins zu verbessern. Stattdessen verliert sich Rot-Rot darin, eindimensional das Vorhandene zu verteilen. Die Koalition hat sich

vom Konsolidierungskurs verabschiedet, der die Linke bei der letzten Wahl 10 Prozent der Stimmen gekostet hat.

Zur Erinnerung: 2001 verordnete Rot-Rot der Stadt einen „Mentalitätswechsel“. Die bleierne Dieppen-Ära von Subventionswirtschaft und großkoalitionärer Klientelpolitik sollte durch ernsthafte Haushaltskonsolidierung abgelöst werden. Im Jahre 2009 lässt sich bilanzieren: Das Regierungsbündnis hat sich Schritt für Schritt von diesem Kurs entfernt. So drückt sich der Senat vor der Frage, wie es mit dem öffentlichen Dienst weitergehen soll, wenn der Solidarpakt ausläuft. Auch die strukturellen Defizite bei landeseigenen Unternehmen werden kaschiert und nicht angegangen. Die Sanierung der BVG ist gescheitert. Die stärkere Zusammenarbeit und Konsolidierung der landeseigenen Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes wird nicht forciert. Statt die knappen finanziellen Mittel zu nutzen, um Qualität und Personalausstattung der Kitas als Bildungseinrichtungen zu verbessern, verzichtet Rot-Rot auf die Einnahmen aus den Beiträgen der Eltern - nach dem Motto „Beitragsfreiheit statt Qualitätsverbesserungen“. Wer noch nicht verstanden hat, dass man mit staatlichen Geschenken keine Stimmen mehr kaufen kann, hat die Zeichen der Zeit verkannt. Das wird die SPD bei den Bundestagswahlen bitter zur Kenntnis nehmen müssen.

Die Primärausgaben im Berliner Landeshaushalt gehen seit Beginn der zweiten rot-roten Legislaturperiode erneut steil bergauf. Mittlerweile sind wir wieder dort angelangt, wo wir 2001 angefangen haben. Anders als 2002 gibt es aber weder ein Sanierungsziel noch ein Maßnahmenpaket, um dieses Ziel zu erreichen. Die ursprüngliche politische Idee dieser Koalition ist verloren gegangen. Durch eine neue Idee wurde sie nicht ersetzt.

Rot-Rot kann Berlin nicht durch die Krise bringen

Dabei ist die Wirtschafts- und Finanzkrise längst in der Stadt angekommen – nur leider nicht im Bewusstsein der Regierungsfractionen. Die letzte Steuerschätzung beziffert die Steuerausfälle für 2009 auf 1 Milliarde Euro. Auch der Berliner Arbeitsmarkt wird von der Krise hart getroffen, Berlin droht wieder die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer. Doch statt sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und alles daran zu setzen, Berlin als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungsstandort zu stärken und seine Strukturen darauf auszurichten, Lösungen für die Krisen zu präsentieren, Arbeitsplätze zu schaffen und die Einnahmen wieder zu erhöhen, wirkt Rot-Rot wie gelähmt.

Zahlreiche Berliner Unternehmen bilden die Basis für neue Wirtschaftsimpulse – Mobilität, Energieeinsparung, Life Science, erneuerbare Energien. Wir haben die Flächen und die Immobilien, um den Unternehmen Ansiedlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Allerdings ist von solchen Bemühungen nichts erkennbar. Wowereit sonnt sich darin, als Hoffnungsträger für die SPD im Gespräch zu sein, statt sich um die Alltagsprobleme der Stadt zu kümmern. Aber jeder weiß: Ein tiefgreifender strukturpolitischer Umbruch funktioniert nur, wenn die politische Spitze ihn steuert und treibt. Ein Konzept mit messbaren Ergebnissen, das transparent umgesetzt und evaluiert wird – davor scheut sich Rot-Rot. Wir nicht!

Rot-Rot entfremdet sich vom Lebensgefühl dieser Stadt

Berlin verändert sich jeden Tag. Ihre dynamische Umbruchphase und ihre Redefinition als liberale, weltoffene Hauptstadt in der Mitte Europas hat die Stadt bei weitem nicht abgeschlossen. Die BerlinerInnen finden sich auch nicht damit ab, als Wirtschaftsstandort den Anschluss zu verlieren, während andere europäische Hauptstädte ebenso wie andere deutsche Großstädte kraftvolle Wirtschaftszentren sind. Derweil dämmert der rot-rote Senat in Selbstmitleid vor sich hin. Er hat wesentliche Chancen der EU-Osterweiterung verschlafen und nutzt die Chancen der Hauptstadtfunction nicht für die Stärkung der Wirtschaftskraft. Rot-Rot pflegt Selbstgenügsamkeit und schiebt die schwache Wirtschaftsstruktur auf die Geschichte der deutschen Teilung. Die ist aber nun 20 Jahre her.

SPD und Linkspartei meinen, sie hätten die Definitionshoheit darüber, was heute linke Politik für Berlin ist. Doch das „Links“ einer Regierungskoalition in der Hauptstadt von Kinderarmut, prekären Beschäftigungsverhältnisse und Jugendarbeitslosigkeit ist kein zukunfts-gestaltendes „Links“, sondern ein Abseits. Es verortet sich abseits dieser Stadtgesellschaft und ihrer Probleme. Grüne als moderne, linke Großstadtpartei setzen auf eine emanzipatorische Politik mit und für die BerlinerInnen und Berlin!

Zusammenfassend lässt sich feststellen:

- Rot-Rot regiert über die Stadt und ihre BürgerInnen hinweg. Methode der Koalition ist stets, Widerstände gegen ihre Politik zu brechen, statt um Mehrheiten für ihre Politik zu werben.
- Rot-Rot fehlt die Idee für Berlin. Die Koalition hat keinen konsistenten politischen Entwurf für die Zukunft dieser Stadt.
- Rot-Rot kann Berlin nicht durch die Krise bringen.
- Rot-Rot entfernt sich vom Lebensgefühl dieser Stadt. Während die Stadtgesellschaft im Umbruch ist, richtet sich die Regierung in Selbstmitleid und Selbstgenügsamkeit ein.

Dies sind die vier Hauptursachen für die Berliner Regierungskrise.

2. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu neuer Verantwortung

Vertrauen in Bündnis 90/Die Grünen festigen

Die Berliner Bündnisgrünen befinden sich in einem historischen Stimmungshoch. Mit einem sensationellen Ergebnis konnten wir uns bei der Europawahl 2009 erneut vor der SPD und nur knapp hinter der CDU positionieren. In den Umfragen bewegen wir uns auf Rekordniveau und sind dabei, zu Sozialdemokraten und Union aufzuschließen. Besonders erfreulich ist dabei, dass die Zuwächse für Grüne gleichermaßen im Westen und im Osten der Stadt zu verzeichnen sind. Der Anspruch der Berliner SPD, die einzige Partei zu sein, die in der gesamten Stadt verankert ist, lässt sich so nicht mehr aufrechterhalten.

Gleichwohl sind die aktuellen Wahlergebnisse und Umfragewerte weder ein Grund zur Schadenfreude noch ein Anlass zu Übermut. Sie sind Ausdruck einer gestiegenen Erwartungshaltung und damit auch neuer Verantwortung.

Die Demoskopie verrät uns, dass unsere Stimmenzuwächse dabei überwiegend von ehemaligen SPD-WählerInnen und hier insbesondere von gut ausgebildeten Frauen kommen, die von der frauenfeindlichen Politik des Wowereit/Wolff-Senates abgestoßen sind. Nur mit uns kommen Frauen wirklich nach oben. Wir wollen einen Feminismus für die neue Zeit!

Wir wissen also: Dieses Vertrauen ist nur vorläufig und basiert wesentlich auf der gestiegenen Bedeutung unserer Kernkompetenzen sowie unserem Glaubwürdigkeitsvorsprung gegenüber der SPD. Als moderne Großstadtpartei in Konkurrenz zu SPD und CDU erwarten die BürgerInnen von uns auf Dauer Lösungskompetenzen in allen zentralen Politikfeldern des Landes Berlin. Sie wollen wissen, wie wir neue wirtschaftliche Prosperität und Arbeit in Berlin organisieren. Sie erwarten Konzepte, wie wir dem sozialen Auseinanderdriften der Stadt entgegenwirken und die vielfältige Stadtgesellschaft integrieren können. Sie erwarten Antworten darauf, wie wir Bündnisgrüne diese Stadt durch die Krise bringen wollen.

Dieser Verantwortung werden wir uns stellen. Dabei ist es wichtig, mit den politischen Zielkonflikten glaubwürdig umzugehen und für eine moderne Großstadtpolitik zu arbeiten, die sozialen Ausgleich, nachhaltiges Wirtschaften, eine kreative und engagierte Standortpolitik sowie eine liberale Gesellschafts- und Integrationspolitik miteinander verbindet.

Auf dem Weg zur 20-Prozent-Partei – linksalternative Wählerschaft und neues Grünes Bürgertum nicht gegeneinander ausspielen.

Der im politischen Feuilleton aufgezeigte Widerspruch zwischen unserer angestammten linksalternativen Wählerklientel und dem „neuen grünen Bürgertum“ ist nur scheinbar vorhanden. Hinter der vordergründig sozial homogenen WählerInnenschaft der Grünen mit überdurchschnittlichem Einkommen und überdurchschnittlichem Bildungsniveau verbirgt sich ein hohes Maß an Pluralität. Unsere Hochburgen befinden sich in der gesamten Innenstadt von Charlottenburg-Wilmersdorf bis Neukölln und Pankow. Wir sind in den letzten 25 Jahren durch alle Altersgruppen gewachsen. Wir werden gewählt von libertären Mittelschichtsangehörigen, die sozialen Ausgleich und ökologische Kompetenz bei uns schätzen; von Linksalternativen, die die Berliner Mischung in den Kiezen erhalten wollen; von jungen Familien, die sich eine bessere Bildungspolitik wünschen; und von Neu-BerlinerInnen, die Berlins Kreativität und Vielfalt bereichern. Dies zeigt die lebensweltlichen Unterschiede unserer Wählerinnen und Wähler. Richtig ist: Wenn wir auf Dauer eine 20-Prozent-Partei werden und bleiben wollen, haben wir auch stärkere Integrationsleistungen zu erbringen als in der Vergangenheit.

Der Kern Grüner Politik in Berlin

Gleichwohl zeichnet die Grünen WählerInnen eine Erwartungshaltung an unsere Politik aus, die sich in zwei Grundprinzipien zusammenfassen lässt:

- **Nachhaltigkeit**

Grüne WählerInnen treffen ihre Wahlentscheidung vorrangig mit dem Blick auf eine längerfristige gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Sie erwarten keine Klientelpolitik. Im Mittelpunkt steht dabei die Grüne Kernidee der Nachhaltigkeit - das Prinzip, wonach sich die Politik von heute an ihren Auswirkungen auf das morgen messen lassen muss. Wir suchen Lösungen, die nicht nur heute gerecht

sind, sondern auch noch in 20 Jahren. Wir sind die Partei der gleichen Teilhabechancen und -rechte. Und wir sind die Partei, die jenen eine Lobby gibt, die sonst keine Lobby haben. Dafür werden wir gewählt und dafür stehen wir.

- **Glaubwürdigkeit**

Von besonderer Bedeutung für Grüne WählerInnen bleibt der Anspruch „global denken, lokal handeln“. Die Kombination aus einem politischen Zukunftsentwurf und der pragmatischen, konkreten Problemlösung sind seit jeher der Zweiklang, der die Berliner Grünen in der Tradition der Alternativen Liste stark gemacht hat. Übergeordnete politische Ziele und verantwortliches Handeln in der Sache miteinander in Einklang zu bringen – das ist der Kern politischer Glaubwürdigkeit.

3. Berlins Chance – der Grüne New Deal

Wirtschaftskrise...

Wir befinden uns in der zweiten Weltwirtschaftskrise, die durch eine Entkoppelung der Finanzwirtschaft von der so genannten „Realwirtschaft“ ausgelöst wurde. Diese Trennung ging einher mit einer Loslösung von Risiko und Haftung, von Entscheidung und Verantwortung. Ein ethisch enthemmter Kapitalismus hat mit seiner alleinigen Orientierung auf die kurzfristigen Gewinne weniger Anleger die nachhaltigen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft ausgeblendet und katastrophale Schäden angerichtet.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt uns, dass wir die Frage, wie wir wirtschaften, nicht mehr losgelöst von der Frage beantworten können, wie wir leben wollen. Deshalb gibt es ein neues Bewusstsein um die Notwendigkeit, Ökonomie in den Dienst der Gesellschaft und ihrer Ziele zu stellen.

Klimakrise...

Wir befinden uns darüber hinaus in einer gefährlichen Klimakrise. Der Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung der Menschheit. Der Weltklimarat hat deutlich gemacht, dass bis zum Jahr 2015 die Trendwende erreicht werden muss: Von da an müssen die globalen Treibhausgasemissionen drastisch sinken, damit der Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden kann. Nur so können sich die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindern lassen.

Gerechtigkeitskrise...

Wir befinden uns nicht zuletzt in einer Gerechtigkeitskrise. Während immer mehr reguläre Beschäftigung in prekäre Arbeitsverhältnisse verlagert wird, immer mehr Kindern ihre Armutsbioografie schon in die Wiege gelegt wird und eine unerträglich große Zahl von Menschen von gesellschaftlichen Teilhabechancen und Teilhaberechten ausgeschlossen wird, werden die Verursacher der Wirtschaftskrise mit Millionenzahlungen abgefunden und privater Besitz aus der Verantwortung für das Gemeinwohl entlassen. Die auseinander klaffende Schere droht das soziale Band dieser Gesellschaft zu zerschneiden und damit die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft als elementarem Bestandteil unserer politischen Ordnung in Frage zu stellen.

... gemeinsam lösen!

Alle drei Krisen hängen unmittelbar und vielfältig miteinander zusammen. Gerade die Frage, wer die enormen Schuldenlasten bezahlt, die wir jetzt zur Bewältigung der Krise aufnehmen, kann dramatische soziale Verwerfungen in der Gesellschaft auslösen. Zugleich ist der wirtschaftliche Erfolg unseres wissensbasierten Industrielandes elementar davon abhängig, ob es uns durch institutionelle Förderung und die grundlegende Reform unserer Bildungsinfrastruktur gelingt, alle Talente unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu fördern. Nicht zuletzt ist Öko längst keine ökonomische Nische mehr. Ökologie ist ein unabdingbares Ordnungsprinzip für die Wirtschaft der Gegenwart und Zukunft – von Konsumgütern über Energieerzeugung bis zu rationellen Produktionsweisen. Eine exportorientierte Volkswirtschaft, deren Erfolg auf einem internationalen Innovations- und Qualitätsvorsprung basiert, verdient ihr Geld der Zukunft mit Öko – oder sie verliert alles.

Keine dieser drei Krisen ist der anderen nachrangig. Die Lösung keiner dieser Krisen duldet Aufschub. Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb als einzige Partei ein Konzept vorgelegt, wie sich die drei Krisen unserer Zeit gemeinsam lösen lassen, statt sie gegeneinander auszuspielen: Den Green New Deal. Mit Investitionen in den Klimaschutz, Zukunftstechnologien, den Bildungssektor und das Gesundheitswesen und durch Impulse für den Arbeitsmarkt soll ein integrierter politischer Ansatz dafür sorgen, die Konjunktur kräftig anzuschieben und gleichzeitig unsere Wertschöpfungskette nachhaltig zu erneuern. Viel stärker als bisher muss Wirtschaftsförderung in enger Verzahnung mit entschlossener Ordnungspolitik betrieben werden.

Neue Arbeit braucht Berlin

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat ausgerechnet, dass wir durch eine entschlossene Förderung der grünen Zukunftsbranchen 1 Million neue Jobs schaffen können. Und zwar gute Arbeit mit Zukunft, von der Menschen leben können.

Unser Ziel ist, dass auch in Berlin möglichst viel neue Arbeit entsteht. Die Zeichen dafür stehen gut, wenn die Politik endlich entschlossen handelt. Wir wissen, dass niemand für das Land Berlin versprechen kann, wie viele Jobs bei uns entstehen werden. Aber wir können die Potentiale analysieren und wir können beginnen, sie zu heben. Wir haben keine Angst davor, uns auf den Weg zu machen und unterwegs immer wieder zu schauen, wie weit wir gekommen sind, ob wir unsere Etappenziele erreicht haben oder warum wir zurückliegen. Nur wer Politik offen und transparent macht, wer keine Angst davor hat, Fehler zu benennen, wird schmerzhaftes Fehlentwicklungen verhindern können. Wir wissen, was Berlin braucht und was es kann. Und wir wollen uns dran machen, Berlin auf eigene Beine zu stellen.

a) Berlins Potenziale nutzen und vernetzen

Berlins Wachstumspotenziale sind die räumliche Ballung der Bevölkerung, seine wirtschaftsgeografische Lage und die Infrastrukturverfügbarkeit in den Bereichen Verkehr, Kultur, Wissenschaft und Bildung; so sagt es eine Studie des DIW im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Es fehle jedoch an Unternehmen und Arbeitskräften, die die Faktoren nutzten und das Potenzial ausfüllten. Im Vergleich zu anderen großen

Agglomerationen fehle es am Einsatz privaten Sach- und Humankapitals, mit Ausnahme der Medien- und Kulturwirtschaft. „Zwar zählt Berlin zu den beliebtesten Wohnstandorten junger, gut ausgebildeter Menschen, aber ohne durch privates Sachkapital geschaffene hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten bleiben auch sie ungenutztes Potenzial“ (Geppert u.a, Neue Wachstumschancen für Berlin, S.12). Der Erhalt der guten Potenzialfaktoren trotz schwacher Wirtschaftskraft liege an der besonderen Unterstützung der Stadt durch die anderen Bundesländer im Rahmen des Finanzausgleichs. Könnten die Potenzialfaktoren nicht alsbald selbst finanziert werden, drohe auf Grund des Abbaus der Ausgleichszahlungen das Absinken des Wachstumspotenzials unter das Niveau vergleichbarer Agglomerationen. Der rot-rote Senat hat bislang weder die wirtschaftlichen Chancen der Stadt genutzt, noch ist erkennbar, dass er dem oben skizzierten Trend ernsthaft entgegenwirkt.

In den Augen von Investoren liegen Berlins Stärken in seiner guten Infrastruktur, dem Humankapital, seinem kreativen Milieu, der großen Anzahl renommierter Forschungseinrichtungen und der Nähe zur Politik. Berlins Schwäche liegt im Fehlen etablierter Führungskräfte, seinem Einkommensgefälle gegenüber konkurrierenden Großstädten und der geringen Dichte von Unternehmen mit Aufstiegsmöglichkeiten für eben diese Führungskräfte.

Um die Stärken auszunutzen bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die konsequent und konzentriert die Vermarktung der Stärken und den Ausgleich der Schwächen ins Visier nimmt. Das heißt vor allem, dass es neben dem Dienstleistungssektor auch eine Orientierung auf die industriellen Kapazitäten und das verarbeitende Gewerbe geben muss. Andere vergleichbare Großstädte haben ihre Stärken früher erkannt und sich darauf konzentriert. Das wird nur zusammen mit den hier ansässigen Unternehmen gehen. Einzig auf die Ansiedlung großer Unternehmen mit einem Bedarf von zigtausenden Arbeitsplätzen zu setzen, ist die falsche Strategie. Berlin wird sich aus sich selbst heraus entwickeln, wenn die Potenziale gefördert werden.

Die Attraktivität Berlins als Wirtschaftsstandort ist zu wenig bekannt. Ein abgestimmtes Leitbild – keine Imagekampagne –, welches die unterschiedlichen Ansätze bündelt und vermittelt, ist von entscheidender Bedeutung. Es muss deutlich machen, dass Berlin der Standort für die neue, ökologisch ausgerichtete und wissensbasierte Industrie ist, die nicht auf billige Arbeitskräfte und schnellen Profit setzt, sondern ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt. Das wird nur funktionieren, wenn dieses Leitbild von der politischen Spitze getragen wird. Hier muss eine abgestimmte wirtschaftspolitische Strategie entwickelt und ihre Umsetzung mit Verbänden und Wirtschaft koordiniert werden. Es ist eine politische Aufgabe, klare wirtschaftspolitische Ziele zu definieren und Erfolge transparent und messbar zu machen.

In Zeiten so heftiger Krisen und drohendem Verlust von Wirtschaftskraft muss die Anstrengung des Regierenden Bürgermeisters für die Entwicklung erkennbar sein. Dies ist in allen anderen Bundesländern Gang und Gäbe. Bei uns nicht. Auch vom Wirtschaftsminister ist wenig zu hören und zu sehen. Er ist kaum in der Lage sein Haus zu führen, geschweige denn wirtschaftspolitische Impulse in die Stadt zu tragen. So wichtig die Initiative zum Ausbau der Wirtschaftsverwaltung als Serviceeinheit für ansiedlungswillige Unternehmen ist, so wenig kann die „one stop agency“ Wirtschaftsstrukturpolitik ersetzen.

Wir brauchen:

- die Verantwortung der politischen Spitze für einen Prozess, der neue Arbeitsplätze in Berlin schafft
- eine/n Wirtschaftsminister/-in, die/der in der Lage ist, Wirtschaftspolitik zu gestalten und sich nicht verschämt vor seiner Partei verstecken muss, wenn er/sie Initiativen für die Wirtschaft entwickelt
- vereinfachte, optimale Verwaltungsabläufe nicht nur in den Hauptverwaltungen, um kompetenten Service für mittelständische Unternehmen auf Bezirksebene zu bieten
- die Zusammenführung der in Berlin ansässigen Institutionen zur Wirtschaftsförderung und Beratung TSB und Berlin Partner.

Berlins Konzentration auf einige Cluster war und ist richtig. Mehr und mehr zeigt sich jedoch, dass der Bereich ökologischer Modernisierung ungeahnte Wirtschaftspotentiale birgt. Hier tut sich für Berlin ein neues und von uns Grünen mehrfach eingefordertes Kompetenzfeld auf, das im Umfeld der steigenden Anzahl von Unternehmen der Solarbranchen, dem hohen Forschungspotential und dem Know-How im Bereich der Fertigung Beschäftigungsimpulse setzen kann. Gleiches gilt für den Bereich der zukunftsweisenden Mobilität. Es wird eine Entwicklung hin zum Elektrofahrzeug geben. Berlin hat hier Kompetenzen sowohl in Forschung und Entwicklung als auch in der Fertigung, aber auch als Testgebiet für neue Fahrzeuge im öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere auch neue Modelle der gemeinsamen Nutzung können in Berlin besonders gut erprobt werden. Die Aufstellung dafür muss jetzt passieren.

Wir brauchen:

- die Förderung von Unternehmen, die aus der Forschung und Entwicklung in die Produktion übergehen können
- den Einsatz von landeseigenen Immobilien, um auch jungen Unternehmen die Ansiedlung zu ermöglichen
- die abgestimmte Entwicklung der in der Stadt zur Entwicklung anstehenden Gewerbe- und Industriegebiete
- die Ausrichtung öffentlicher Investitionen und der öffentlichen Beschaffung auf Innovationschübe in der eigenen Wirtschaft

Der Bestandspflege der Unternehmen kommt entscheidende Bedeutung zu. Gerade auch in der gegenwärtigen Krise darf es nicht sein, dass durch die Kreditklemme bestehende wie neue Unternehmen in ihrer Investitionsbereitschaft ausgebremst werden. Wenn Berlin sich als zukünftiger Standort einer neuen, ökologischen Industrie profilieren will, wird ein struktureller Wandel der Wirtschaft nur mit den wirtschaftlichen Akteuren zusammen gelingen. Der Prozess kann und muss politisch begleitet werden. Berlin beherbergt eine Vielzahl von Bundesverbänden mit wichtigem Know-how für zukünftige Anforderungen an die Wirtschaftsstruktur. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern nutzt Berlin seine Standortvorteile viel zu wenig für die Stadt selbst. Während andere Städte und Kommunen über diese Strukturen ihre Standorte pflegen und keine Gelegenheit auslassen, um sich zu präsentieren und von anderen zu lernen, nutzt der Berliner Senat die Möglichkeiten direkt vor seiner Nase nicht. Dazu gehört auch, die in Berlin ansässigen Konzernniederlassungen zu stärken. Wenn die Mercedes Benz AG

konzernintern Berlin als Standort für das Entwicklungszentrum für neue Antriebsarten ins Rennen bringen will, muss sie auch mit der öffentlichen Unterstützung des Landes punkten können.

Wir brauchen:

- eine stärkere Vernetzung Berlins mit den vorhandenen Bundesstrukturen
- das dezidierte Eintreten für einen Umzug der ganzen Regierung nach Berlin mit Beginn der neuen Legislaturperiode
- eine bessere Präsentation Berlins über die vorhandene Strukturen

b) Berlin kann Klimaschutzhauptstadt werden

Auch in Berlin gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Klimaschutz das Gebot der Stunde ist. Das gewachsene Bewusstsein für die Gefahren des voranschreitenden Klimawandels in Verbindung mit steigenden Energiepreisen und den damit drohenden sozialen Verwerfungen, gerade auch in einer armen Stadt wie Berlin, eröffnen die Möglichkeit, jetzt ambitionierte Klimaschutzpolitik umzusetzen. Der rot-rote Senat versteht es jedoch nicht, diese Chance zu nutzen – ganz im Gegenteil: Mit seinem orientierungslosen Vorgehen beim Klimaschutzgesetz provoziert der Senat großflächig Widerstände und droht, das Vorhaben gegen die Wand zu fahren – mit schlimmen Folgen für Berlin.

Um die Diskussion um das Klimaschutzgesetz vom Kopf auf die Füße zu stellen, braucht Berlin Klimaschutzziele, und zwar nicht nur bis 2020, sondern bis 2050: Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft müssen wir den Berliner CO₂-Ausstoß bis 2050 gegenüber 1990 um mindestens 90 Prozent verringern, um unseren Beitrag zur Begrenzung der Erderhitzung auf 2 Grad zu leisten. Ausgehend von diesen Zielen sollten sich Politik, KlimaschützerInnen und Interessenverbände zusammensetzen und einen Weg finden, wie wir dies wirtschaftlich am effektivsten und sozialverträglich erreichen können.

Es geht beim Klimaschutzgesetz um Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro, die VermieterInnen und MieterInnen vorfinanzieren müssen und die sich langsam über die eingesparten Energiekosten refinanzieren und auch danach für effektive Kostensparungen sorgen. Auch das Land Berlin wird für die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden viele Millionen Euro in die Hand nehmen müssen. Die entsprechende Auseinandersetzung mit dem Finanzsenator steht noch bevor. Denn im neuen Haushaltsplan des Senats für 2010 und 2011 fehlt das Geld, um die Anforderungen des Klimaschutzgesetzentwurfs in den öffentlichen Gebäuden auch nur ansatzweise zu erfüllen.

Dafür müssen auch neue, intelligente Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Es wäre fatal, wenn das Klimaschutzgesetz durch Erhöhungen der Nettomieten in einzelnen Bezirken zu einer Vertreibung der einkommensschwachen MieterInnen führen würde. Hier wird das Land durch zielgenaue Finanzierungsinstrumente eingreifen müssen, wie etwa Bürgschaften oder günstigere Kredite, die das Land am Kapitalmarkt erhält und weitergeben könnte, so dass die Klimaschutzinvestitionskosten von HauseigentümerInnen verbilligt werden. Das kostet das Land nicht viel, hilft aber, die Mietenentwicklung zu begrenzen.

Ein wirksames Klimaschutzgesetz ist nicht nur für den Klimaschutz von Bedeutung. Es ist auch eine große wirtschaftspolitische Chance für die Stadt. Wohl kein Gesetzesvorhaben wird mehr Investitionen in Berlin anregen. Im Kern geht es darum, das Geld, das wir bisher an Ölscheichs, Erdgas-Oligarchen und schwedische Staatsunternehmen zahlen, in Berliner Taschen umzulenken. Denn Wärmedämmung, Installation von erneuerbaren Energien – das sind Aufträge für Unternehmen und Handwerksbetrieben in der Region. Wenn wir das Klimaschutzgesetz intelligent machen und grün umsetzen, ist Berlin auch ein attraktiver Standort für junge Unternehmen aus den Branchen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienztechniken.

c) Berlin zusammenhalten

Die räumliche Konzentration von Armut und sozialen Problemen wird durch das Sozialmonitoring und den Sozialstrukturatlas 2008 erneut bestätigt. Die negative Entwicklung betrifft große Innenstadtgebiete in Neukölln, Kreuzberg, Wedding und Tiergarten. Gleichzeitig verstärken und vermehren sich die sozialen Probleme in einigen Großsiedlungsgebieten an den Stadträndern in Spandau, im Märkischen Viertel, Höhenschönhausen und in Marzahn-Hellersdorf. Die soziale Stabilisierung dieser Stadtteile und die Verhinderung der Ausweitung und Verlagerung von Gebieten mit hoher Problemkonzentration ist nicht nur Bezirksaufgabe, sondern Verantwortung der gesamten Stadt. So sehr die kulturelle Vielfalt an Kiezen zu Berlin gehört, die Verdrängung und örtliche Konzentration von sozialen Problemen gehört nicht dazu.

Die Verschärfung sozialer Problemlagen und ihre örtliche Konzentration ist keine Entwicklung, die von Stadtpolitik alleine verursacht wird und umgekehrt werden kann. Bundesweite gesellschaftliche Trends zeigen sich in der Großstadt Berlin zwangsläufig wie unter dem Brennglas. Die desaströse wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bilanz von Rot-Rot hat aber ihren Teil dazu beigetragen. Berlin hat die höchste Quote von Langzeitarbeitslosen. Mit knapp 40.000 Stellen steht die Hauptstadt an der Spitze bei den 1-Euro-Jobs. Das linke Prestigeprojekt „ÖBS – Öffentlicher Beschäftigungssektor für 10.000 neue Jobs“ hat sein Versprechen nicht eingelöst. Mit Mühe wurden 6000 Stellen realisiert. Das Ziel, eine Alternative zu 1-Euro-Jobs zu schaffen, wurde weit verfehlt. Tatsächlich haben wir in Berlin mehr 1-Euro-Jobs denn je. Der ÖBS ersetzt Arbeitsplätze in der sozialen Infrastruktur, die von Rot-Rot zusammengekürzt wurde – insbesondere in den Bezirken. Eine zukunftsweisende Strategie für mehr Beschäftigung sieht anders aus.

Bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen liegt Berlin leider genauso vorne wie bei der Jugendarbeitslosigkeit. Im Wirtschaftswachstum trug Berlin in den letzten Jahren zuverlässig die rote Laterne, Ansiedlungserfolge sind eine Seltenheit. Wenn der Senat diese schwachen Ergebnisse nun zur Tugend erklärt und meint, Berlin sei von der Wirtschaftskrise weniger betroffen, weil es hier ohnehin wenig Industrie gebe, muss das in den Ohren von Arbeitssuchenden und TransferempfängerInnen zynisch klingen.

Bündnis 90/Die Grünen haben Wege aufgezeigt, wie wir einem Auseinanderdriften in der Stadt entgegentreten wollen. So haben wir mit der Neuköllnkonferenz und unserer Idee einer Internationalen Bauausstellung im Bezirk ein Beispiel dafür gegeben, wie sich die positive Entwicklung problembelasteter Stadtteile in einer gesamtstädtischen Strategie angehen lässt.

Außerdem haben wir den Senat mit mehreren Anträgen für eine sozial verantwortliche Mietenpolitik dazu aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verdrängung sozial schwacher BürgerInnen aus den Innenstadtbezirken aufzuhalten.

Darüber hinaus setzen wir uns in Abgrenzung zu allen anderen Fraktionen im Parlament beharrlich für eine nachhaltige Stärkung der Kompetenzen der Berliner Bezirke ein und haben einen durchdachten Vorschlag für die Einrichtung von Bezirksbürgerhaushalten vorgelegt, um die Handlungsfähigkeit von Politik vor Ort zu stärken und neuen Gemeinsinn zu stiften.

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl haben sich Bündnis 90/Die Grünen klar dazu bekannt, durch die Modernisierung und Erhöhung von Transferleistungen die sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. So fordern wir eine Regelsatzerhöhung bei der Grundsicherung für Erwachsene auf 420 Euro und eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 300 bis 350 Euro.

Der Schlüssel für die Bekämpfung der Armut von morgen ist und bleibt jedoch das System von Bildung und Betreuung von heute. Im scharfen Gegensatz zum rot-roten Senat wollen wir die zur Verfügung stehenden Mittel im Bereich der Kindertagesbetreuung in Qualität und Ausbau zu investieren, statt das Geld in eine sozial ungerechte Gebührenbefreiung zu stecken, die jenen zugute kommt, die dieses Geld nicht brauchen.

Wir stehen für mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung. Die Schaffung von zwei Bildungssäulen, die das Gymnasium und die Sekundarschule umfassen und auf zwei Wegen, in 12 wie 13 Jahren, zum Abitur führen, sehen wir als einen wichtigen Schritt dahin. Die Berliner Schullandschaft bietet genügend „best-practice-Beispiele“ die wir in die Fläche bringen wollen. Mit den Oberstufenzentren haben wir eine Struktur, die SekundarschülerInnen einen Weg in die Oberstufe eröffnet. Im Mittelpunkt steht für uns die Abschaffung von Selektions- und Ausleseinstrumenten wie das Probehalbjahr und das Sitzenbleiben. Wir stehen für eine klare und transparente Zugangsregelung zur Oberschule, um den SchülerInnen und den Schulen das demotivierende Abschulen zu ersparen. Für das Gelingen von Bildungsreformen ist es notwendig, mit den Eltern, den ErzieherInnen, den Lehrkräften und den SchülerInnen vor Ort zu kommunizieren und sie als Beteiligte und Partner ins Boot zu holen.

Die Ausweitung der Inklusiven Beschulung gehört zu unseren Prioritäten – hier versagt Rot-Rot kläglich. Wir fordern für die Zukunft des Bildungsstandortes Berlin die notwendigen strukturellen Veränderungen, wie auch deren Kommunikation und die entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Schulen.

4. Unser Angebot für Berlin

„Du bist nicht schön und das weißt du auch, dein Panorama versaut, siehst nicht mal schön von weitem aus, doch die Sonne geht gerade auf, und ich weiß, ob ich will oder nicht, dass ich dich zum Atmen brauch“. So lautet die Berliner Liebeserklärung von Peter Fox an seine Stadt. Vielleicht hat er recht. Vielleicht sind wir nicht so reich und erfolgreich wie München oder so schön und sauber wie Hamburg. Aber wir sind bunt. Und wir sind spannend. Gerade der Zwiespalt unserer Stadt aufgrund ihrer einzigartigen Geschichte macht sie unverwechselbar. Es ist die Widersprüchlichkeit, die Berlins Faszination

ausmacht. Dafür lieben wir unsere Stadt – ob wir nun „Eingeborene“ oder „Zugezogene“ sind. Und das ist Berlins größtes politisches Kapital.

Bündnis 90/Die Grünen sind Kinder dieser Stadt. Als Fusion der protestbewegten Alternativen Liste und des bürgerrechtsbewegten Bündnis 90 tragen wir die widersprüchliche Geschichte Berlins in uns wie keine andere Partei. Gerade darum wollen wir in Berlin die politische Kraft des Optimismus sein. Wir glauben an die Chancen der Hauptstadt und wollen sie nutzen. Deshalb passen wir zu Berlin. Deshalb sind wir das Original für Berlin.

Unser Angebot an die Stadt ist der Green New Deal - die gemeinsame Bewältigung von Wirtschaftskrise, Klimakrise und Gerechtigkeitskrise. Für Berlin bedeutet das: Wir wollen die wirtschaftlichen Potenziale im Bereich der grünen Industrie dieser Stadt nutzen und die Kompetenzen des Standortes vernetzen. Wir wollen Berlin zur Hauptstadt der neuen Energien machen. Und wir wollen das Auseinanderfallen unserer Stadtgesellschaft durch eine konsequente Sozial- und Bildungspolitik verhindern.

Dieses Arbeitsprogramm wollen wir bis 2011 weiter konkretisieren. Mit dem Anspruch „nachhaltig, glaubwürdig, kompetent für Berlin“ werden wir uns darauf vorbereiten, politische Verantwortung in dieser Stadt zu übernehmen.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsklausur 25. August 2009

Gliederung des Beschlusses „Grün startet den Aufbruch aus der rot-roten Lethargie“

Einleitung: Grün startet den Aufbruch aus der rot-roten Lethargie	S. 1
1. Berlin in der Regierungskrise	S. 2
2. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu neuer Verantwortung	S. 4
3. Berlins Chance – der Grüne New Deal	S. 6
a) Berlins Potenziale nutzen und vernetzen	S. 7
b) Berlin kann Klimaschutzhauptstadt werden	S. 10
c) Berlin zusammenhalten	S. 11
4. Unser Angebot für Berlin	S. 12